

16. Landtag von Baden-Württemberg, 62. Sitzung

Mittwoch, 9. Mai 2018, 10:00 Uhr

Rede

des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL

zur Aktuellen Debatte

Die Lage in der Landeserstaufnahmeeinrichtung Ellwangen nach der Gewalt gegen die Polizei bei einer versuchten Abschiebung und den Polizeieinsatz in der LEA Ellwangen im April/Mai 2018 – Herausforderungen der Politik

Es gilt das gesprochene Wort.

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL:

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Für uns in der CDU-Fraktion ist unmissverständlich klar, für Gewalt gegen Polizisten gibt es in unserem Land keinerlei Rechtfertigung.

Der Rechtsstaat wird seine Regeln und seine Entscheidungen durchsetzen, und zwar ohne Wenn und Aber. Er wird sich nicht vorführen oder in die Flucht schlagen lassen – von niemandem.

Jeder muss wissen, der Rechtsstaat in Baden-Württemberg und in Deutschland ist stark, wehrhaft und entschlossen.

Insoweit will ich mich dem Dank des Kollegen Schwarz für die gute Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten, unseres Innenministers und unserer Regierung anschließen. Denn ich finde, hier ist in der Tat klug, besonnen und richtig gehandelt worden.

Natürlich bewegt das Geschehen von Ellwangen viele Menschen im Land – uns auch. Wir verstehen auch die Besorgnis gerade der rechtstreuen Bürgerinnen und Bürger, und wir teilen sie auch. Letztlich geht es um das Vertrauen in die Durchsetzungskraft des Staates. Deshalb haben wir auch der Dringlichkeit des Antrags zugestimmt, obwohl nächste Woche der Innenausschuss tagt, wie Sie, Herr Kollege Goll, wissen. Das will ich schon noch mal wiederholen. Wir hätten ihn heute Morgen schon vorher gemeinsam gerne auf der Tagesordnung behandelt.

Es ist leider so, was in der LEA Ellwangen passiert ist, war, wie es zu Recht gesagt worden ist, auch ein Angriff auf den Rechtsstaat. Dass ausgerechnet Menschen, die bei diesem Rechtsstaat angeblich Schutz suchen, mit organisierter Gewalt gegen diesen Staat vorgehen, ist besonders absurd und unter keinen Umständen hinnehmbar. Vor allen Dingen sollten wir nicht den Fehler machen, die Vorfälle jetzt, wie manchmal geschehen, gar mit übertriebenem Verständnis zu relativieren oder zu entschuldigen.

Wer sich der Polizei entgegenstellt, wer gar den offenen Aufstand probt, der darf damit nicht und niemals durchkommen.

Hier darf auch nicht verharmlost oder heruntergespielt werden. Der Innenminister hat zu Recht gesagt: Wehret den Anfängen! Das ist genau der Punkt. Das war auch der Kern, um den es geht. Wenn unsere Behörden nach Recht und Gesetz eine Abschiebung vollziehen, dann fällt man ihnen dabei nicht in den Arm. Meuterei gegen den Rechtsstaat geht nicht, auf gar keinen Fall!

Keiner, Herr Kollege, der zu uns kommt, darf glauben: Nur weil sich der Staat bei uns durch das Recht selbst beschränkt, würde es sich um einen schwachen Staat handeln. Das wird nie der Fall sein. Das ist auch ein schweres Missverständnis, dem wir mit aller Klarheit entgegentreten. Das lassen wir nicht zu, das lässt auch diese Landesregierung nicht zu. Insoweit insinuieren Sie mit Ihrer Frage ein völlig falsches Verständnis.

Wir haben einen starken Rechtsstaat. Deshalb will ich Ihnen glasklar sagen – das wurde zu Recht auch betont –: In Ellwangen hat kein Staatsversagen stattgefunden.

Ich will Ihnen sagen: Ich hielte es für verantwortungslos, wenn man mit solchen Begriffen zündelt. Das hat dieser Tage zu Recht auch der Bundespräsident betont.

– Nein, nein. Im Gegenteil. Die Polizei hat die Ordnung in der Einrichtung wieder hergestellt und hat dort aufgeräumt, und sie hat – das hat Kollege Schwarz zu Recht gesagt – überlegt, strukturiert, professionell, ich finde, auch mit taktischer Übersicht und vor allem angemessen reagiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Zuruf des Abg. Harald Pfeiffer AfD)
Wissen Sie, hier, in einem Rechtsstaat, sind die Täter identifiziert worden, es sind – auch der Justizminister ist da – Haftbefehle ausgestellt worden, Strafverfahren sind eingeleitet worden. Genau das ist der Weg, wie der Rechtsstaat seine Macht zeigt. Das ist das Wesen des Rechtsstaats.

Deshalb wurde zu Recht den Polizistinnen und Polizisten sowie auch den beteiligten Behörden für besonnenes und klares Vorgehen, auch für diesen Einsatz gedankt. Insoweit hat auch unser Innenminister immer zu Recht gesagt: Zur Lösung der Krise brauchen wir Herz und Härte. Ich will jetzt hier beides rezitieren. Unser Land – das kann sicher jeder bestätigen – hat immer Herz gezeigt, aber, wenn nötig, ist jetzt auch Härte gefragt.

Wer zur Gewalt aufrührt, für den kann es bei einer Straftat kein Gastrecht in unserem Land geben. Der verliert sein Aufenthaltsrecht. Auch das gehört zum Zusammenhang.

Zur angesprochenen Frage zur Ausreisepflicht: Natürlich wird das – das bewegt übrigens auch die Bundesregierung, den Bundesinnenminister; nicht nur den Landesinnenminister – , was die Abschiebung angeht, in Zukunft eventuell noch konsequenter durchgesetzt werden.

– Ja, weil wir beides brauchen. Ich zitiere die „Süddeutsche Zeitung“, Heribert Prantl, bestimmt nicht im Verdacht, der CDU anzugehören.

Zitat:

Der Rechtsstaat darf ... mit Nachdruck und ... Sturmhaube demonstrieren, dass er das Heft in der Hand hat und ... in der Hand behalten will.

So hat Heribert Prantl dieser Tage kommentiert. Genau das ist vorgenommen und gezeigt worden, vom Innenminister. Das war richtig so.

In dieser Lage muss er das tun. Ich bin überzeugt: Auch eine offene Gesellschaft kann nur nach klaren Regeln funktionieren.

Nur, wenn wir das durchsetzen, werden wir letztlich auch unserer liberalen Demokratie gegen autoritäre, aber auch – ich füge hinzu – gegen populistische Angriffe schützen können.

– Herr Kollege Goll, ich muss Ihnen sagen, ich würde mich nie in der Lage sehen, in die Polizeitaktik der inneren Angelegenheiten und Fachlichkeit der Polizei eingreifen zu können oder das zu bewerten. Das kann ich nicht. Wenn die Polizei zum Ergebnis kommt – der Eindruck darf deshalb nicht falsch entstehen –, taktisch richtig zunächst Rückzug, dann auch Abwarten und dann zum richtigen Zeitpunkt wieder reingehen, und zwar mit Erfolg, dann – muss ich sagen – hat die Polizei richtig gehandelt. Dann kann ich das nicht kritisieren.

Sie haben hier den Bundesinnenminister angeführt. Bundesinnenminister Seehofer hat den Einsatz in Ellwangen gelobt, und hat es ausdrücklich für richtig empfunden, wie er abgelaufen ist.

Deshalb will ich abschließend zusammenfassen: Es gab kein Staatsversagen, es gibt hier auch keine rechtsfreien Räume und hat es nicht gegeben.

Wir stehen hinter der Polizei. Wir stehen auch hier dafür, dass alle die belangt und verfolgt werden, die hier Straftaten begangen haben.